

Mitgliederversammlung des Landesverbandes Gartenbau in Bingen

Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes konnte Präsident Volker Schmitt eine Vielzahl von Ehrengästen begrüßen. Staatssekretär Dr. Griese, Vizepräsident Heribert Metternich, die stellvertretende Generalsekretärin Romana Hoffmann, die Rechtsanwältin des Landesverbandes Ulrike Heberling, Joachim Ziegler vom DLR sowie der Steuerberater Andreas Hartwig gehörten zu diesen Ehrengästen. Nachdem Präsident Schmitt die Ergebnisse der Delegiertenversammlung am Vormittag vorgestellt hat, gratulierte er nochmal herzlich Ralf Schupp zu seinem neuen wichtigen Amt. Er vertrat die Meinung, dass die vierte rheinland-pfälzische Landesgartenschau in Landau ein großer Erfolg gewesen ist. Die Gartenschau hat die angepeilte Zahl von 600.000 Besuchern mit 823.000 deutlich übertroffen. Er wies jedoch darauf hin, dass eine Gartenschau viel weitergehende Aufgaben als das halbe Jahr Gartenfest hat. In Landau ist ein neuer Stadtteil, ein sehenswerter Park sowie ein Sport- und Spielbereich entstanden. Er dankte allen Kollegen, die sich auf der Landesgartenschau Landau engagiert haben. Er begrüßte die Entscheidung der Landesregierung im Jahre 2022 die fünfte rheinland-pfälzische Landesgartenschau durchzuführen. Die Entscheidung welche Stadt den Zuschlag erhält, fällt jedoch erst im Juni diesen Jahres. Durchaus kritisch sah Volker Schmitt die neuen Bewerbungsleitlinien, die die Aufgaben der Projektgesellschaft deutlich beschneiden.

Nach einem kurzen Schwenk über die Kommunikationskampagne „Natürlich schöne Augenblicke“ stellte er ein Thema vor, das ihn als Friedhofsgärtner außerordentlich bewegt. Die Frage der Neuregelung der Umsatzsteuer für Kommunen. Das Problem, so Schmitt, ist, dass die Kommunen in der Vergangenheit oft gesetzeswidrig gehandelt haben und zu befürchten ist, dass sie dies auch in der Zukunft tun und ihre Grabpflegeleistungen ohne Umsatzsteuer anbieten. Auch bei Stadtgärtnereien habe man in der Vergangenheit beobachtet, dass sie gärtnerische Produkte verkaufen ohne Umsatzsteuer. Er forderte die zuständigen Ministerien auf, die Einhaltung der Umsatzsteuerverpflichtung für Kommunen mit derselben Konsequenz zu ahnden wie bei privaten Gartenbauunternehmen. Zum Thema spezielle Steuern für Pflanzenschutzmittel stellte er die Frage, aus welchem Grund diese Steuer notwendig sei. Gärtner, aber auch Landwirte, so Schmitt, sind Menschen, die vorsichtig mit der Natur arbeiten und von daher ist ihnen der Schutz und die Schonung der Umwelt ein wichtiges Ziel. Ebenso setzen sie die kostspieligen Pflanzenschutzmittel so wenig wie möglich ein, um ihren Geldbeutel zu schonen. Die Forderung des Berufsstandes ist ganz klar: keine zusätzlichen Steuern auf Pflanzenschutzmittel zu erheben. Von der

Finanzverwaltung angestrebten Projekt der Bekämpfung des Steuerbetruges durch Manipulation von Registrierkassen stellte er sich deutlich hinter eine gesetzlich legale Regelung. Jeder, der Manipulationen vornehme, müsse mit den Konsequenzen leben, allerdings störe ihn, dass von der Finanzverwaltung jedes Unternehmen heute schon unter Generalverdacht steht. Zum emotionalen Thema Torf wies er darauf hin, dass heute durch Torfabbau keine Moore zerstört werden. Auch wenn man die Forderung nach Torfverzicht ernst nehme, müsse man deutlich sehen, dass am Markt zum heutigen Zeitpunkt nicht genügend geeignete alternative Ausgangsstoffe vorhanden sind. Er wies auf die Konkurrenzsituation zwischen der thermischen Verwertung und der stofflichen Nutzung von vielen biologischen Ausgangsstoffen hin. Kritisch setzte sich Volker Schmitt auch mit dem Nachwuchskräfte­mangel im Gartenbau auseinander. Er stellte fest, dass die ZVG Nachwuchswerbekampagne „Gärtner. Der Zukunft gewachsen“ schon Erfolge gezeigt hat, jedoch forderte er die Gartenbau­unternehmer auf, die Aktion auch vor Ort umzusetzen, in den Schulen für den Beruf des Gärtners zu werden, wenn sie auch in der Zukunft noch engagierte Auszubildende haben wollen. Zum Schluss wies er auf die Vielzahl der Leistungen des Landesverbandes hin und forderte die Mitglieder auf, die Leistungen ihres Verbandes zu nutzen, um so Geld zu sparen und um viel besser informiert zu sein, als nicht organisierte Gärtner.

Staatssekretär Dr. Thomas Griese stellte in seinem Grußwort dar, dass der Landesverband immens wichtige Arbeit unter anderem in seinen Kernaufgaben Nachwuchsförderung und Thema Landesgartenschau leistet. Vor wenigen Jahren, so Griese, hat der Zentralverband eine Zukunftsstrategie Gartenbau heraus gearbeitet, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Nun hat in letzter Zeit eine große Zahl von jungen Flüchtlingen in Deutschland Schutz gesucht und bietet nun für das Anliegen eine Realisierungschance, das Ausbildungskonzept 1+3 passt hier genau. Vorgeschaltet vor der Ausbildung ist ein Jahr, in dem gemeinsam von Ausbildungsbetrieben, Berufsschule und Bildungsträgern berufliche Grundkenntnisse und die deutsche Sprache vermittelt werden. Dieses Konzept biete große Chancen die jungen Menschen in eine Ausbildungsstelle zu integrieren. Wichtig ist hier natürlich, dass Jugendliche ausgewählt werden, die eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit haben und, dass der Ausbildungsbetrieb sich in Wohnortnähe der Jugendlichen befindet. Dr. Griese berichtete, dass Umweltministerin Ulrike Höfken mit dem neu gegründeten Dialog Forum Grüne Berufe hier an Konzepten mitwirken wird. Durch Landesgartenschauen, so Griese, können Betriebe des Gartenbaus ihre Leistungsfähigkeit beeindruckend zeigen und in Landau ist ihnen dies auch vortrefflich gelungen. Er sah die Landesgartenschau in Landau als in jeder Hinsicht erfolgreich an, aber Landau sei alles andere als ein Selbstläufer gewesen. In Landau waren viele Probleme zu lösen unter anderem das Problem

mit den Bombenfunden, aber auch die Beanstandung des Rechnungshofes, die viele Probleme gemacht haben. Man habe intensiv darum gerungen, auch in der laufenden Legislaturperiode, schon eine verbindliche Zusage für eine weitere Landesgartenschau im Jahre 2022 zu erreichen. Hierfür habe man ein neues Konzept konzipieren müssen. Das am 2. Oktober begonnene Bewerbungsverfahren für die nächste Landesgartenschau endet Ende März. Beworben haben sich bisher die Städte Bitburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Neuwied und Bad Kreuznach. Staatssekretär Griese rechnete noch mit ein bis zwei weiteren Bewerbern. Er wies darauf hin, dass die Projektgesellschaft durch ihre hohe Kompetenz ein größeres Gewicht bei der Bewertung der Gartenschaubewerbungen haben wird. Weitere Themen vom Staatssekretär Dr. Griese war die Frage der personellen Neubesetzung bei den DLRs. Hier habe man nur die Chance pro Jahr 25 Arbeitskräfte neu einstellen, um die Leistungsfähigkeit der DLRs auch in Zukunft sicher zu stellen. Zum Thema Torf bemerkt er, dass nicht die Zerstörung der Moore, sondern die CO₂ Freisetzung durch Torfabbau das ökologische Problem sei. Aus seiner Sicht sei mit Kompost schon ein mengenmäßig großer Ausgangsstoff für Substrate vorhanden. Auch zum Thema Pflanzenschutz machte er seine Meinung deutlich. Hier gehe es ihm in erster Linie nicht um Einschränkungen bei den professionellen Anwendern, von denen wisse er, dass sie sachgerecht und ökologisch sinnvoll Pflanzenschutzmittel einsetzen und auch auf die Kosten schauen. Dies sei im Hobbybereich leider nicht der Fall, hier seien die Kosten nebensächlich und die fachlichen Kenntnisse oft sehr eingeschränkt.

In seinem Grußwort dankte Vizepräsident Heribert Metternich den Vertretern des Landesverbandes Gartenbau Rheinland-Pfalz für die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftskammer und Berufsverband. Er beklagte, dass es in der Tendenz immer mehr Gesetze und Vorschriften geben würde. Dies mache die Situation für mittelständische Unternehmen außerordentlich schwierig. Vielleicht sei es besser in der Zukunft, mehr Gärtner als Juristen auszubilden. Er plädierte dafür, dass die Grünen Berufe mit mehr Selbstvertrauen ihre Position nach außen vertreten sollen, immerhin bewirtschafteten sie 84 % der Fläche des Landes und ohne Landwirtschaft und Gartenbau sei das Leben in Rheinland-Pfalz nicht denkbar. Metternich bekräftigte, dass sich der Berufsstand sehr wohl seiner Verantwortung bewusst sei, Pflanzenschutz nur im notwendigen Maße durchzuführen. Allerdings müsste es so sein, dass die entstehenden Probleme mit der Politik auf Augenhöhe gelöst werden. Er stellte dann fest, dass der Mittelstand, und damit auch die Landwirte und Gärtner, der Motor des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht sind. Deshalb sei es auch richtig, diese Unternehmen aus dem Fokus Besteuerung raus zu nehmen. Er machte ganz deutlich, dass eine Substanzbesteuerung die Existenz vieler Unternehmen gefährde. Er denke hier

unter anderem an Themen wie Erbschaftssteuer. Er sei nicht, so Metternich, gegen 8,50 Euro Mindestlohn, allerdings müsste in der Zukunft sichergestellt sein, dass diese 8,50 Euro Mindestlohn auch vom Unternehmer und seinen Familienangehörigen erwirtschaftet werden können. Er betonte, dass in vielen Fragen sowohl die Landwirtschaftskammer wie auch die Bauernverbände und der Landesverband Gartenbau ein gemeinsames Ziel mit der Politik haben. Diese gemeinsamen Ziele müsse man versuchen auch in der Zukunft zu realisieren, auch wenn der richtige Weg dahin von Berufsstand und Politik manchmal deutlich anders gesehen werde. Er rief alle Beteiligte auf die Situation der Landwirtschaft und Gartenbaubetriebe in der Öffentlichkeit realistisch darzustellen. Dies könne man auch mit dem Satz charakterisieren, dass Grüne Berufe die Welt schützen.

Stellvertretende Generalsekretärin Romana Hoffmann richtete dann die herzlichen Grüße von Präsident Jürgen Mertz aus. Der ZVG arbeitet intensiv mit den Landesverbänden zusammen, um die Rahmenbedingungen für die Betriebe des Gartenbaus so zu gestalten, dass ein erfolgreiches Wirtschaften noch möglich ist. Zum Konzept 1+3 machte sie deutlich, dass es nicht mit einer einfachen Sprachförderung getan ist, sondern, dass die jungen Menschen aus anderen Kulturkreisen auf viele veränderte Situationen in den deutschen Gartenbaubetrieben vorbereitet werden müssen, unter anderem gehöre dazu das Miteinander von Mann und Frau. Sie forderte auch ein, dass die Ausbildungsbetriebe, die diese Aufgabe angehen, eine deutliche Unterstützung von der Politik für ihr wichtige Tätigkeit brauchen. Kritik äußerte Romana Hoffmann an der Sprachwahl von Staatssekretär Griese, in Deutschland solle man immer noch von Pflanzenschutzmitteln sprechen und nicht von Pestiziden, es sei der englische Begriff und der ist in Deutschland negativ besetzt. Sie betonte, dass die deutschen Gärtner nach der guten fachlichen Praxis arbeiten und betrachtete kritisch die bürokratischen Hindernisse, die durch die neue Sachkundeverordnung ausgelöst wurden. Es sei nicht einzusehen, dass wenn jemand den Termin für die Antragstellung versäumt, er dann einen neuen Grundkurs absolvieren müsse. Weiterhin stellte sie fest, dass die europäische Harmonisierung des Pflanzenschutzes nicht funktioniert. Es fehlen die einheitlichen Bewertungsgrundsätze, das Verfahren der gegenseitigen Anerkennung ist nicht in Gang gekommen und die deutschen Zulassungsbehörden haben kein Vertrauen in die Bewertungsverfahren anderer Mitgliedsländer und stellen von daher immer zusätzliche Forderungen. Durch die schleppende Bearbeitung ist ein Stau an Zulassungsanträgen entstanden. Aber zum Beispiel der Onlineverkauf von Pflanzenschutzmitteln unterliegt kaum einer Kontrolle. Grundsätzlich sei in Deutschland eine angsterfüllte Diskussion zum Thema Pflanzenschutz zu beobachten und keine risikogeführte. Zum 31. Dezember 2016, so Romana Hoffmann, hat die

Finanzverwaltung neue Anforderungen für Registrierkassen aufgestellt, aber schon jetzt, lange vor der Frist, hört man aus den Finanzverwaltungen verschiedener Bundesländer den Ruf, es müssten noch schärfere Anforderungen an Registrierkassen gestellt werden. Das bedeutet ein Risiko, dass neu angeschaffte Registrierkassen damit schon im nächsten Jahr wieder veraltet sind. Der Forderung mancher Bundesländer, die offene Ladenkasse abzuschaffen, gab sie eine klare Absage. Die offene Ladenkasse ist für viele Gartenbaubetriebe, aber auch Landwirtschaft und Weinbaubetriebe von elementarer Bedeutung. Man könne sich nicht vorstellen, dass der Spargelverkauf im Hofladen oder am Feld, der Weinverkauf auf Messen, der Verkauf von Obst, Gemüse, Kartoffeln auf Wochenmärkten mit einer elektronischen Registrierkasse realisiert werden könnten. Zum Thema Steuern wies sie noch darauf hin, dass das Thema Grundsteuer eine große Bedeutung für die Gartenbau und Landwirtschaft habe. Auch wenn die Neuregelung noch nicht endgültig ausformuliert ist, wird in der Diskussion schon über eine Neubewertung von Wirtschaftsgebäuden, einschließlich der Gewächshäuser diskutiert. Wenn jedoch Gewächshäuser, aber auch Stallgebäude, wie normale Wohngebäude berechnet werden, muss man mit einer starken Erhöhung der Grundsteuer rechnen. Hier ist die Forderung des Berufsstandes mit einer Neuordnung der Grundsteuer die gartenbaulichen und landwirtschaftlichen Betriebe nicht stärker zu belasten wie bisher. Beim Thema Zertifizierung durch Global GAP sprach sie sich für eine Entbürokratisierung aus. Aufgaben der Vertreter des Bundes und der Landesverbände sei es deutlich zu machen welche Auswirkungen die Pläne der Politik auf die Betriebe haben und hier gemeinsam Ziele zu erreichen zum Wohle der Mitgliedsbetriebe. Nach dem Vortrag von Michael Legrand stellte Geschäftsführer Welmar Rietmann den Kassenbericht und den Geschäftsbericht vor. Für die ausscheidende Kassenprüferin Karoline Heiser, für deren Tätigkeit sich Präsident Volker Schmitt sehr herzlich bedankte, wurde als neuer Kassenprüfer Jochen Schumacher, Römerberg, einstimmig neu gewählt. Bei seinem Schlusswort wünschte Vizepräsident Norbert Hammer allen Beteiligten gute Geschäfte, lies den Tag nochmal Revue passieren und bedankte sich bei den Anwesenden.